

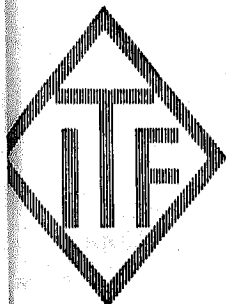


FASCHISMUS

4. Jahrgang
No. 8.

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 18. April 1936



Stimme über die Grenzen.

(ITF) Die folgenden Ausführungen, die wir einem Artikel von Austriacus im Aprilheft des "Kampf" entnehmen, geben Gedanken der im illegalen Kampf stehenden österreichischen Gewerkschafter und Sozialisten wieder. Sie entsprechen aber auch den uns übermittelten Auffassungen der am Aufbau neuer Gewerkschaften arbeitenden Kollegen im Dritten Reich.

"Die westliche Hälfte Europas, jenseits des Rheins; kennt den Faschismus nicht. Aber sie kennt den Krieg, viel grausamer als wir ihn kennen. Noch heute gräbt der französische Bauer, der den Pflug durch die Erde der "zerstörten Gebiete" führt, Gebeine, Gewehre, Granaten aus dem geschändeten Boden; noch heute gibt es Landstriche, wo kein Wald steht, kein Gras wächst, kein Korn gedeiht. Noch heute träumt London in dunklen Nächten den Angsttraum von den Zeppelin. Und was war das alles für ein Kinderspiel gegen die Verwüstungen von morgen!

Darum denkt man im Westen vor allem an die Verhütung des Krieges.

Wir östlich des Rheins kennen den Faschismus. Und das ist ein Erlebnis, das alles andere in den Schatten stellt, eine Lehre, die leider kein Volk, kein Proletariat dem andern vermitteln kann, das sie nicht selber am eigenen Leib verspürt hat. Wir wissen, dass man dem Faschismus nicht zureden, mit ihm nicht paktieren, ihn nicht besänftigen kann - es sei denn durch bedingungslose Unterwerfung unter seine grässliche Gewalt, die jede Freiheit, jedes Menschenrecht, jede Lebensfreude austilgt.

Darum lachen wir bitten, wenn wir im "Daily Herald", dem englischen Arbeiterblatt, lesen, wie er, wohlmeinend und ehrlich, an Hitler appelliert: an Hitlers Einsicht, Vernunft und Grosszügigkeit! weiss denn der "Daily Herald" nicht, dass jede Anerkennung Hitlers nur die Zahl derjenigen vermehrt, für die es kein Appellieren gibt und nur einen "Appell" - den im Konzentrationslager?

Die eine Hälfte der Welt, die nicht weiss, was der Faschismus ist, fürchtet den Krieg mehr als ihn. Die andere Hälfte, die den Faschismus kennt, hasst ihn mehr als den Krieg..."

"Das ist die Politik, die nach unserer Meinung die internationale Arbeiterklasse empfehlen und, wo sie kann, durchführen müsste: Keinen Krieg - denn die Gefahr ist so ungeheuer, die Verantwortung für ihn so entsetzlich schwer, dass er von der Mehrheit des Proletariats, insbesondere von den grossen, entscheidenden Arbeiterparteien in England, Frankreich, Russland abgelehnt wird. Aber auch kein Verhandeln mit Hitler, kein Abfinden mit dem Faschismus, kein Hinnehmen faschistischer Staaten als Vertragspartner oder Bundesgenossen.

Mit dem Faschismus kann man nicht paktieren, man kann ihn nur mit einem Pestkordon umgeben. Man muss gegen ihn alle jene wirtschaftlichen, politischen und moralischen Massnahmen anwenden, die die jeweiligen Machtverhältnisse zulassen und die den deutlichen und erklärten Zweck haben, den Faschismus von der übrigen Welt zu isolieren... Kein Vertrag (mit ihm) wie unter anständigen Menschen, kein Verkehr von gleich zu gleich, keine Annahme heuchlerischer Angebote, kein Einschlagen in die blutige Henkerhand!

Deutschland, Italien, Oesterreich, kein faschistischer Staat ist ein Staat wie die andern, solange sich das Land vom Faschismus regieren lässt. Der verachtungsvolle Boykott der Welt muss ihm das zum Bewusstsein bringen; das Volk dieser Länder muss merken, dass die Welt von ihm erwartet, sich von dieser schändlichen Herrschaft zu befreien.

Die Völker, auch die Arbeiter des Westens sagen uns: Wir können nicht Krieg führen, damit ihr eure Regierung loswerdet. Wir wollen nicht unsere Städte zerstört, unsere Kinder von Giftgas erstickt sehen, damit auf dem Trümmerhaufen die Welt vielleicht von Hitler erlöst sei. Das müsst ihr schon selber besorgen: eure Sache ist es, euch und die Welt von dem Tyrannen zu befreien.

Mag sein, dass diese Rechnung falsch ist: wenn man den Faschismus als internationales Problem betrachtet, (als ständige Kriegsbedrohung), ist sie zweifelhaft. Aber angenommen, dass sie richtig sei - dann lautet unsere Antwort: Wir geben zu, dass Ihr nicht für uns Krieg führen könnt. Aber dann dürft Ihr auch nichts tun, was unsern Kampf erschwert.

Jeder internationale Vertrag mit einem faschistischen Staat erschwert den Kampf gegen den Faschismus. Jede internationale Ablehnung, jede Zurückweisung, jeder Boykott erleichtert ihn.

Hitler steht bewaffnet am Rhein. Das ist e i n e Tatsache. Aber wenn die Welt mit Hitler nicht verhandelt - auch d a s wäre eine Tatsache. Und d i e s e Tatsache würde in Deutschland die Kräfte gegen den Faschismus stärken. Sie würde in Deutschland für die Welt wirken".

Labour-London geht nicht nach Berlin. (ITF) Der London County Council, das kommunale Parlament Londons, beschloss (am 7. April), die Einladung zu dem im Juni im Dritten Reich stattfindenden Internationalen Gemeindekongress abzulehnen. Diese Ablehnung sei keine Demonstration gegen das deutsche V o l k, für das die Londoner Bevölkerung Freundschaft empfinde, sondern sie richte sich gegen die derzeitigen "Verhältnisse" im Dritten Reich, d.h. gegen die Diktatur, die das deutsche Volk terrorisiert und die die hochentwickelte Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden vernichtete.

Ein bösertiger Witz. (ITF) Mussolini versprach (am 23. März) den italienischen Arbeitern, dass sie künftig "mit gleichen Rechten und Pflichten in dieser (korporativen) Wirtschaft Mitarbeiter des Unternehmens wie die Kapitalisten oder technischen Leiter" sein sollen. Er hatte das bereits 1926 feierlich im faschistischen Grundgesetz der Arbeit, in der "Carta del Lavoro" zugesagt und seitdem immer wieder den faschistischen "Produzentenstaat" verheissen, in dem für die junge Generation der Italiener und für viele schlecht Informierte im Ausland der Nimbus der korporativen Idee beschlossen liegt. Doch in der Praxis wurde das Versprechen immer wieder verleugnet. Als italienische Truppen in Abessinien einfielen, verlangten die faschistischen Arbeiterverbände auf Grund dieser Zusagen, dass die Korporationen zu Trägern der "Planwirtschaft" genannten Kriegswirtschaft gemacht würden. Statt dessen aber wurden alle faschistischen Organisationen ausgeschaltet und ein "Generalkommissariat für die Kriegswirtschaft" mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Die Eingriffsmöglichkeit des Staates in die durch den Krieg ruinierte Wirtschaft wurde verstärkt, vom "Staat der Produzenten", in dem die Arbeitenden die Produktion regeln, ist keine Rede mehr. Es ist nur ein bösertiger Witz, dass Mussolini diese Kaltstellung der noch nicht einmal funktionierenden Korporationen mit der Ankündigung einer "Kammer der faschistischen Gruppen und Korporationen" verband.

79.)

Geraubtes Gut vertan? (ITF) Am 2. Mai 1933 besetzten die National-
===== sozialisten die Zentralen der deutschen freien
Gewerkschaften und raubten den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das Vermögen ihrer Organisationen. Am 12. Mai beschlagnahmte der Gerichtsvollzieher in Danzig auch das Vermögen der Danziger freien Gewerkschaften. In Danzig sichert die vom Völkerbund garantierte Verfassung Koalitionsfreiheit. Die Danziger freien Gewerkschafter klagten sofort gegen den nationalsozialistischen Diebstahl, die erste Instanz aber gab (am 15. Dezember 1934) den Nationalsozialisten recht. Die Berufungsverhandlung vor dem Obergericht wurde von den Nationalsozialisten 14 Monate verschleppt, sie wird erst am 27. April, fast 3 Jahre nach der "Gleichschaltung", stattfinden. Es ist selbstverständlich, dass das Obergericht der Arbeitsfront ihren Raub wieder abnehmen muss, die Rechtslage ist für objektiv urteilende Richter eindeutig klar. Aber ist das Vermögen der Arbeiter, um das der Prozess geht, überhaupt noch vorhanden?

Die Arbeitsfront hat in Danzig mit Geld nur so um sich geworfen. Das einstige Gewerkschaftshaus galt als nicht mehr vornehm genug, ein früheres Bankgebäude wurde zum standesgemässen "Haus der Arbeit" eingerichtet, zwei weitere Häuser mussten hinzugemietet werden und ein besonderes "Haus der Berufserziehung" wurde feierlich eingeweiht. Bis dann 1935 die Kassen leer waren und alle Büros im "Haus der Berufserziehung" zusammengezogen werden mussten. Es ist nicht klar, ob nur der mangelnde Beitragseingang oder ob die Serie der Korruptionsfälle schuld an der Finanzkatastrophe der Danziger Arbeitsfront sind. Die Arbeitsfront hat seit Silvester 1934 keinen Bericht über ihre Kassenverhältnisse mehr veröffentlicht und seitdem sind zahlreiche führende Amtswalter der Arbeitsfront wegen Unterschlagung ins Gefängnis eingeliefert worden, unter ihnen der "Kommar", der die "Beschlagnahme" des Vermögens der freien Gewerkschaften geleitet hatte. Zum Jahreswechsel musste die Arbeitsfront bei der Danziger Bank einen Kredit von 200 000 Danziger Gulden aufnehmen, um wenigstens ihren dringendsten Verpflichtungen nachkommen zu können. Dieser Kredit konnte u. W. bis heute nicht zurückgezahlt werden. 50 Angestellte der Arbeitsfront wurden entlassen, unter ihnen der Kassierer der Arbeitsfront, die Fachschaftsleiter der Buchdrucker und der Bauarbeiter und der Rechtsberater der Danziger Arbeitsfront für die Unternehmer.

Es ist daher zu befürchten, dass die Arbeitsfront das geraubte Vermögen der freien Gewerkschaften bereits verprasst hat.

Danzig deportiert. (ITF) Polizei und Gemeindevorsteher im national-
===== sozialistisch regierten Freistaat Danzig luden in letzter Zeit zahlreiche junge Danziger zu Vernehmungen und zu Besprechungen in Turnhallen usw. Die Geladenen wurden aufgefordert, sich freiwillig zum Dienst in der Armee des Dritten Reiches zu melden. Sozialistischen Jungerwerbslosen, die aus begrifflichen Gründen keinen Wert darauf legen, auf dem Umweg über die Kasernenhöfe in den Konzentrationslagern Hitlers zu landen, wurde mit Unterstützungszug, Jungarbeitern mit Schwierigkeiten bei der Arbeitsvermittlung, gedroht. 150 zum "Hilfsdienst" Eingezogene wurden veranlasst, sich "freiwillig" in Arbeitslager nach Deutschland abtransportieren zu lassen. Der nationalsozialistische Senatsvertreter hatte zwar 5 Tage vor dieser Deportation im Parlamentsausschuss versichert, dass der Danziger "Staatliche Hilfsdienst" "in keiner Verbindung" mit dem freiwilligen Arbeitsdienst in Deutschland stünde. Diese Versicherung hat sich aber als genau so "zuverlässig" erwiesen wie die wiederholten Erklärungen Hitlers, den Locarno-Vertrag zu respektieren.

Protest gegen Terror. (ITF) Der katholische Bischof von Münster hat
===== (Ende März) in der St. Urbanskirche zu Buer in Westfalen erklärt: "Unsere katholischen Arbeiter- und Knappenvereine sind im Regierungsbezirk Münster vor einem halben Jahre aufgelöst und verboten, ihre Einrichtungen und ihr Besitz, sogar ihre kirchlich geweihten Fahnen und Banner sind beschlagnahmt worden unter der öffentlichen Beschuldigung staats- und volksfeindlicher Bestrebungen. Nicht einmal die damals mit Namensnennung öffentlich beschuldigten Männer sind vor Gericht gestellt oder gar überführt und verurteilt worden. Dennoch ist jene Anschuldigung und Massnahme noch immer nicht widerrufen und rückgängig gemacht!"

Die Klage des Bischofs von Münster (deren Wortlaut wir dem Organ des Wiener Kardinals, der Wiener Reichspost, vom 1. April entnehmen) ist nur zu berechtigt. Doch mit der gleichen Brutalität, mit der alle Arbeiterorganisationen im Dritten Reich verfolgt werden, werden im Österreich der "christlichen Diktatur" die am Wiederaufbau ihrer Organisationen arbeitenden Gewerkschafter terrorisiert.

Hintergründe. (ITF) Noch immer ist im Dritten Reich die Entscheidung
===== nicht gefallen, wer endgültig die Kosten der Aufrüstung
tragen soll. Die Zinsen für die seit 1933 um etwa 20 Milliarden RM
gestiegenen Schulden müssen gezahlt werden, die weitere Aufrüstung
soll möglichst aus laufenden Einnahmen bezahlt werden, um das weitere
Anwachsen der öffentlichen Schulden zu verlangsamen. Hinter den
Kulissen wird erbittert darum gekämpft, wem die neuen Lasten aufge-
wälzt werden sollen. Bisher haben unter der Aufrüstung und ihren
Begleiterscheinungen die Arbeiter, die Erwerbslosen, Mittelstand und
Bauern schwer zu leiden; die Rüstungsindustrie profitiert trotz
Belastung durch den Dumpingfonds von der Hitlerkonjunktur erheblich.
Der (am 25. März abgeschlossene) Vierteljahrsbericht des deutschen
Instituts für Konjunkturforschung stellt fest, dass "die Erträge
der Industrie in den letzten 3 Jahren sichtbar zugenommen" haben,
trotzdem die "während der hinter uns liegenden Krise erhöhten öffent-
lichen Abgaben und Steuern nicht verringert worden sind" und "die
Abzweigungen für die Exportförderung (den Dumpingfonds. Red.) und
die infolge steigender Rohstoffpreise am Weltmarkt erhöhten Verarbei-
tungskosten ertragsmindernd wirken" (p. 423/24). Die Rüstungsindu-
strie könnte einen erheblichen Teil der Kosten der deutschen Auf-
rüstung tragen, doch sie wehrt sich. Die Industriellen erklären,
dass sie, falls ihnen eine erhebliche Rüstungssteuer auferlegt würde,
nicht in der Lage seien, wieder eine Milliarde für den Dumpingfonds
aufzubringen. Ohne Zuschüsse aus diesem Dumpingfonds ist die deut-
sche Industrie aber auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, erhält
das Dritte Reich also auch nicht die Devisen, die es dringend zum
Einkauf von Rüstungsrohstoffen gebraucht. Die Aufrüstung ist vom
"Exportwillen" der Industriellen abhängig.

Die Industriellen nutzen ihre starke Stellung aus und fordern
nicht nur Finanzierung der Aufrüstung sondern zugleich Speisung des
Dumpingfonds durch Massensteuern. Massensteuern bedeuten eine wei-
tere Verminderung des in den letzten 3 Jahren ausserordentlich ge-
sunkenen Reallohns. Sie würden die nationalsozialistische Sozial-
reaktion bei den Massen noch unpopulärer machen. Der Propagandaflü-
gel der NSDAP will daher Abwälzung der Kosten der Aufrüstung und des
Dumping auf die Massen durch eine starke Abwertung der Mark und eine
entsprechende Verringerung der Kaufkraft der Löhne. Ein Scheinkampf
gegen die dann notwendig eintretende Teuerung könne für eine gewisse
Ablenkung sorgen. Den Industriellen versicherte die dem Propaganda-
minister nahestehende "Deutsche Volkswirtschaft" (1. Aprilheft) be-
reits, dass bei einer Abwertung kein entsprechender Lohnausgleich
geduldet werden würde. Die Industriellen aber fürchten, dass die Ar-
beiter den Propagandaflügel der NSDAP bald zwingen würden, der For-
derung der Arbeiter auf Teuerungsausgleich nachzugeben. Sie bestehen
deshalb auf baldiger Entscheidung auf Verkündigung von Massensteuern.
Hitler, dessen Entscheidungsangst allmählich sprichwörtlich geworden
ist, schwankt zwischen dem Agitationsbedürfnis seiner Partei und
den ihm vom Wirtschaftsminister Schacht vorgetragenen Wünschen der
Industriellen. Zunächst wird die Aufrüstung weiter mit kurzfristigen
Wechseln und durch Verschleudern von Reichseigentum finanziert.

Die Fehlzündung. (ITF) Mit den Arbeitsschichten wollte das Dritte
===== Reich eine privatwirtschaftliche Konjunktur ankur-
beln. Als die "Arbeitsschlacht" zur offenen Aufrüstung wurde, hiess
es, dass bald die Rüstungskonjunktur von einer "normalen" privatwirt-
schaftlich fundierten Konjunktur abgelöst werden würde. Das Institut
für Konjunkturforschung aber stellt in seinem (am 25. März abgeschlos-
senen) Vierteljahresbericht fest: "Im ganzen haben trotz an sich ge-
besserter Ertragsverhältnisse in der Produktionswirtschaft die priva-
ten Neuinvestitionen (nach 3 Jahren "Arbeitsschlacht", Red.) noch nicht
zugenommen. Die Bilanzen der Aktiengesellschaften zeigen vielmehr,
dass das Anlagekapital dem Werte nach noch etwas abnimmt, während
die Betriebsüberschüsse... in liquider Form.. angelegt werden" (p.424).

Einseitiger Klassenkampf. (ITF) Drei Jahre nach der Zerschlagung der
===== deutschen Gewerkschaften schreibt der ehe-
malige "Treuhandler der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen"
(in der "Braunen Wirtschaftspost" vom 4. April 1936): "Bekanntlich
trat die Deutsche Arbeitsfront im Jahre 1933 an die Stelle der alten
Klassenkampforganisationen der Gewerkschaften. Sie beseitigte damit
entscheidende Voraussetzungen für die weitere F o r t f ü h r u n g
des Klassenkampfes..." Den Arbeitern waren ihre Organisationen ge-
nommen, aber die sozialpolitischen Organisationen der Unternehmer,
die Arbeitgeberverbände, wurden nur formell aufgelöst. "Nach der Auf-
lösung der Arbeitgeberverbände waren die Unternehmer keineswegs
organisationslos. Sie hatten ihre Kartelle, die im weiteren Verlauf
noch durch Zwangskartelle und Zwangsbeschlüsse ergänzt und erweitert

wurden, und sie hatten ihre wirtschaftspolitischen Verbände. Die letzteren gingen später in der sogenannten "Organisation der gewerblichen Wirtschaft" auf, die dann als Ganzes in ein unmittelbares organisatorisches Verhältnis zur Arbeitsfront trat..., eine noch ziemlich platonische und darum für die praktische Wirtschaftsführung wenig wirksame... Verbindung".

Der ehemalige Treuhänder stellt damit in ungewohnter Offenheit der Legende von der Volksgemeinschaft im Dritten Reich die Wirklichkeit gegenüber: den Arbeitern wurde jede legale Organisation genommen, die Organisationen der Unternehmer wurden ausgebaut.

Freut Euch des Lebens. "Freut euch des Lebens" ist die "Parole", unter der das Vergnügungsbüro "Kraft durch Freude" der Deutschen Arbeitsfront am 1. Mai 1936 die Feiern im Dritten Reich durchführen soll. Diese Parole wird verschieden aufgenommen werden.

Die Unternehmer können sich am 3. Jahrestag der Zerstörung der Gewerkschaften ihres Lebens freuen. Nach dem (am 25. III. abgeschlossenen) Quartalsbericht des Konjunkturinstituts ist bei 1029 untersuchten Abschlüssen industrieller Aktiengesellschaften der Gewinnsaldo von 1933 bis 1934 um 221% gestiegen. Der ausgewiesene Reingewinnsaldo der deutschen Aktiengesellschaften, die im zweiten Halbjahr 1935 ihre Bilanz für das Geschäftsjahr 1934/5 veröffentlichen, ist seit 1932/3 um 97,6% gestiegen, hat sich also fast verdoppelt, der wirkliche Gewinn stieg noch mehr.

25% der deutschen Arbeiter aber zahlten 1935 ihren Beitrag zur Invalidenversicherung in den Lohnklassen unter 12 RM wöchentlich; selbst im schlimmsten Krisenjahr 1932 zahlten nur 22% in diesen Elendslohnklassen.

Und die Facharbeiter? Ihr durchschnittlicher Stundenlohn liegt trotz Rüstungskonjunktur nach amtlichen Angaben um 5% unter dem von 1932. Die Nettolöhne liegen durch die zahllosen "freiwilligen" Abzüge noch wesentlich niedriger. Der Brutto-Produktionswert der Industrie aber ist dank der Rüstungskonjunktur seit 1932 um 53% gestiegen, das trotz aller Verschleierungsversuche nicht mehr zu verheimlichende Unternehmens Einkommen in Industrie und Handel um 123%.

Die Gewinne der Banken sind aus den Geschäftsberichten nur zum Teil zu ersehen. Die Banken geben ganz offen zu, dass sie die wirklichen Gewinne verheimlichen. Einen Anhaltspunkt für die gestiegenen Gewinne gibt aber das Steigen der gezahlten Steuersummen. Bei der Commerz- und Privatbank stiegen die gezahlten Steuern um 23%, bei der Dresdener Bank um 130%! Die wirklichen Gewinne stiegen entsprechend. Und darüber sollen sich die deutschen Arbeiter und Angestellten freuen.

"Praktische Ergebnisse". (ITF) In seinem Aufruf zum 1. Mai 1935 hatte Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront versichert: "In diesem Jahre wird auch der letzte Arbeitswillige Arbeit bekommen".

Nach den letzten amtlichen Ziffern waren (Ende Februar) 2,5 Millionen "letzte" Erwerbslose bei den Arbeitsämtern registriert; etwa 1,5 Mill. Scheinbeschäftigte, nichtregistrierte "unsichtbare" Erwerbslose und politische Gefangene stehen nicht in den Listen der Arbeitsämter, Hunderttausende arbeiten stark verkürzt oft nur einen Tag in der Woche.

In seinem Maiaufruf 1935 hatte Dr. Ley versprochen: "Der Lohn wird gerecht.. Ich fühle mich heute verpflichtet, euch das zu sagen. Bereits am 1. Mai 1936 werde ich euch praktische Ergebnisse vorlegen". Er "gab der Hoffnung Ausdruck, bereits zum nächsten Mai in der Gruppe Textil einen gerechten Lohn durchsetzen zu können.... Ebenso werde in diesem Jahre einer andern Gruppe von Arbeitern -- dem Bergmann -- ein Vertrag gebracht werden" ("Angriff" 1935; Nr. 100).

Den Textilarbeitern wird bei weitem kein gerechter Lohn gezahlt, 12% der Textilarbeiter arbeiten "verstärkt" kurz, oft nur einen Tag in der Woche, und sie kommen trotz zusätzlicher Unterstützung nur auf ein Wochenhöchsteinkommen von 36 Stundenlöhnen, Hilfsarbeiterinnen 14 RM, Facharbeiter 22 RM. Die Textilindustrie aber konnte durchweg ihre Dividenden erheblich erhöhen. Der grösste deutsche Baumwollkonzern (Dierig) hat die Dividende von 8 auf 10% erhöhen können.

Im Steinkohlenbergbau ist durch Rationalisierung und Antreiberei die Schichtleistung seit 1932 um weitere 5% erhöht worden, im Braunkohlenbergbau um 6%. Die Bruttoschichtenverdienste aber stiegen nur 1 bis 2% und der Bergmann kann für sie bei der starken

Teuerung nur 4/5 von dem kaufen, was er sich 1932 von einem Schichtlohn kaufen konnte. Ein Vertrag ist den Bergleuten nicht gebracht worden. Das sind die "praktischen Ergebnisse" der Versprechungen der Deutschen Arbeitsfront.

X

Die Gewerkschaft der französischen Eisenbahner sendet uns folgenden

OFFENEN BRIEF AN DAS DEUTSCHE VOLK.

=====

Kollegen! Ihr wisst, dass sich die französischen Eisenbahner dagegen wenden, dass der deutsche Faschismus verhaftet und einkerkert und hinrichtet.

Die Eisenbahner haben nie versäumt, ihre Solidarität mit den deutschen Arbeiteropfern des Faschismus auszudrücken, und besonders mit Thälmann, in welchem sie einen der tapfersten antifaschistischen Kämpfer grüssen.

Deshalb glauben wir, die Gefühle aller französischen Eisenbahner zum Ausdruck zu bringen, wenn wir zum 50. Geburtstag des von Hitler eingekerkerten Kollegen Thälmann ihm unsere Bewunderung und brüderliche Solidarität aussprechen.

In der heutigen Zeit, in der der Faschismus den Frieden bedroht, trennen die französischen Arbeiter und besonders die französischen Eisenbahner, die die deutschen Arbeiter nicht mit den nationalsozialistischen Henkern identifizieren, keine Grenzen von den deutschen Arbeitern und sie erklären euch, dass sie nicht aufhören werden zu kämpfen und euch in euerm Kampfe zu unterstützen

UM DEN FASCHISMUS ZU BESEITIGEN

UM DIE EINGEKERKERTEN AUS DEN KONZENTRATIONSLAGERN UND GEFÄNGNISSEN ZU BEFREIEN

UM THÄLMANN ZU BEFREIEN.

Für die Fédération Nationale des Travailleurs
des Chemins de Fer de France, des Colonies
et Pays de Protectorat.

Der Bundesvorstand:

(gez.) Demusois, Jarrigion, Crapier, Pérignon, Liaud, de Kerdelleau, Semard, Midol, Tournemaine, Quertelet, de Payan, Lutgen, Badinot, Rameaud, Denys, Bruge, Ouradou, Wimberg, Dupuy, Rousseau, Abraham, Blanchet.

Korruption der Krukenkreuzler. (ITF) Beim Zusammenbruch der Wiener Lebensversicherungsgesellschaft "Phoenix" wurde Ende März ein Ausschnitt aus der Korruption der österreichischen Diktatoren bekannt. Ein kleiner Ausschnitt nur, doch kennzeichnend genug.

Die österreichische Lebensversicherungsgesellschaft Phoenix arbeitete in 23 Ländern. Seit Jahren war bekannt, dass in 2 Ländern, in Österreich und in der Tschechoslowakei, die Prämienreserve der Phoenix nicht gedeckt war. In der Tschechoslowakei griff die Regierung ein und verpflichtete die Gesellschaft, bis zum Jahre 1954 die Reserven in gesetzmässig vorgeschriebene Höhe aufzufüllen. Im Österreich der christlichen Diktatur kümmerte sich die Regierung nicht um den Schutz der Versicherten, denn sie war Dr. Berliner, dem Generaldirektor der Phoenix zutiefst verpflichtet. Der Generaldirektor hatte einem grossen Teil der führenden Männer des Systems einträgliche Posten verschafft oder ihnen laufend Bestechungsgelder gezahlt und er hatte der Regierung mit den Geldern der Versicherung mehr als einmal aus der Klemme geholfen.

In der Prämienreserve dieser grössten österreichischen Versicherungsgesellschaft fehlten, wie sich nach dem plötzlichen Tode des Generaldirektors nicht länger verheimlichen liess, 250 Millionen Schilling. Ein Teil dieser Summe ist nie vorhanden gewesen, weitere Millionen waren in Börsenspekulationen vertan worden. In Österreich sind zwar den Versicherungsgesellschaften Börsenspekulationen

verboten. Für die Phoenix jedoch existierten keine Verbote, denn der oberste Beamte der mit der staatlichen Aufsicht über die Versicherungsgesellschaften betrauten Abteilung des Innenministeriums, der Sektionschef Ochsner, war von der Phoenix gekauft worden. Ochsner hat inzwischen Selbstmord begangen. Aber auch eine ehrliche Aufsichtsbehörde hätte kaum dem allmächtigen Generaldirektor das Handwerk legen können, denn höchste Würdenträger der christlichen Diktatur waren von der "Phoenix" bestochen worden. Seit 4 Jahren deckte der Präsident der österreichischen Bundesbahnen, der General Vaugoin als Vizepräsident der "Phoenix" und Vorsitzender des Verwaltungsrats die Massnahmen des Generaldirektors. Vaugoin erhielt von der Phoenix monatlich 4000 Schilling, ausserdem eine Autopauschale von 1200 Schilling und einen Wohnungszuschuss von 400 Schilling monatlich. Vaugoin bezieht als Präsident des Verwaltungsrats der Hirtenberger Patronenfabrik und als Vizepräsident des Verwaltungsrats der dem Chemietrust Skoda-Wetzler gehörenden Sprengstoff-Werke Blumau AG weitere nicht zu verachtende Summen und daneben noch sein Gehalt. Es scheint demnach nicht gereicht zu haben. In der Kasse der Phoenix hat man einen vom General Vaugoin unterschriebenen Wechsel in Höhe von einer Million Schilling gefunden! Das war ein weiteres der Privatgeschäfte des Herrn Vaugoin. In der Kasse fand man dann noch eine Quittung der Bundesbahnen über 6 1/2 Millionen Schilling; auch die bankrotten österreichischen Bundesbahnen liessen sich von der "Phoenix" über Wasser halten.

General Vaugoin, der trotz allem immer noch die österreichischen Eisenbahner schikaniert, war nicht der einzige Würdenträger der Diktatur, der von der Phoenix Gold nahm. Die Sekretärin des Generaldirektors hat eine förmliche Bestechungsliste führen müssen. Diese Bestechungsliste befindet sich seit dem 3. April im Besitz des Chefredakteurs der der Regierung nahestehenden Tageszeitung "Reichspost", aber die Regierung hat die Veröffentlichung dieser Liste verboten. Einige Namen sind inzwischen dennoch bekannt geworden. Auf der Bestechungsliste steht der Herr Strafella, der von der christlichen Diktatur zum Präsidenten des "Verkehrsbundes", der "ständischen" Organisation der Verkehrsbetriebe, ernannt worden war. Die "Phoenix" hat ihm 500 000 Schilling "geliehen", er hat dafür wertlose Wertpapiere als Pfand gegeben. Auf der Liste steht weiter der Herr Fey, der Mann, der als "Sicherheitsminister" im Februar 1934 die Wiener Arbeiterwohnungen zusammenschliessen liess und der heute als Präsident der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft die Donauschiffer und Hafenarbeiter terrorisiert. Er hat sich von der "Phoenix" eine hochherrschaftliche 7-Zimmerwohnungseinrichtung schonen lassen. Auf der Liste befinden sich der Handels- und Verkehrsminister Stockinger, der Finanzminister Draxler, der intime Freund des Fürsten Starhemberg, des Leiters der Heimwehren. Auf der Liste befinden sich zahlreiche Journalisten bürgerlicher Blätter und politische Organisationen: die Vaterländische Front, die Heimwehr und die Hitlerpartei.

Als die "Vaterländische Front", die Dachorganisation aller Regierungsverbände, gegründet wurde, hat der Generaldirektor Berliner das Gründungskapital aus der Kasse der "Phoenix" gestiftet. Hohe Funktionäre der "Vaterländischen" Front erhielten monatlich ein Schweigegeld. Der Wiener Landesleiter, Oberstleutnant Seibert z. B., erhielt monatlich 1000 Schilling. Die faschistische Heimwehr hat insgesamt 5 Millionen Schilling erhalten. Mit diesen Millionen wurde sie aufgepöppelt, der Generaldirektor der "Phoenix" hat also erst den Bürgerkrieg ermöglicht.

Der Generaldirektor Berliner von der Phoenix war Jude. Die antisemitische Hitlerpartei hat sich deshalb die Bestechungsgelder vom Juden Berliner durch einen "arischen" Subdirektor auszahlen lassen, durch den Generaldirektor Hösslinger der zum Phoenixkonzern gehörenden "Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer". Durch ihn liess Berliner den Nazis ein Darlehen von 80 000 Schilling zum Ankauf der Parteizentrale, des "Braunen Hauses", in Linz zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung unterschrieben die Naziführer Habicht und Proksch einen Vertrag, in dem sie die Verpflichtung übernahmen, dass die Mitglieder der österreichischen Hitlerpartei sich ausschliesslich bei dieser Zweiganstalt der "jüdischen" Phoenix versichern würden.

Die Bestechungsgelder, die Spekulationsverluste fehlen in der Kasse; die Regierung aber denkt nicht daran, die Schuldigen zur Wiedergutmachung zu zwingen. Sie versucht, die vertanen Gelder durch Belastung der Angestellten wieder aufzubringen. Die Dienstpragmatik und der Kollektivvertrag der Angestellten aller österreichischen Versicherungsgesellschaften wurde von der Regierung aufgehoben, die Pensionen um 7-29% gekürzt. Die Gehälter sollen um 23% verringert werden. Haben sich bis zum 1. Juli die Angestellten nicht mit den Direktionen geeinigt, so diktiert die Regierung die entsprechend gesenkten neuen

Gehaltssätze. Die Phoenixgesellschaft wurde schliesslich aufgelöst; eine neugegründete Gesellschaft übernimmt den österreichischen Versicherungsbestand, aber allen 800 Angestellten der "Phoenix" wurde zum 1. Mai gekündigt, nur ein kleiner Teil wird von der neuen Gesellschaft übernommen werden. Die andern müssen stempeln, damit die korrupten Krukenkreuzler ihre Bestechungsgelder behalten können.

Nachexerzieren. (ITF) "An alle politischen Leiter" an Bord der deutschen Schiffe hatte die "NSDAP Auslandsorganisation Seefahrt" einen Abdruck der Reichstagsrede Hitlers vom 7. März mit folgendem Befehl geschickt: "Jeder politische Leiter ist verpflichtet, im Rahmen einer würdig gestalteten Versammlung diese Rede wörtlich(!) vorzulesen".

Die Seeleute hatten die Radio-Übertragung der zweistündigen Rede nicht abhören können. Deshalb mussten sie nachexerzieren.

Die Lage der Reichsbahn. (ITF) Die Deutsche Reichsbahn hat bisher regelmässig jeden Monat gleichzeitig eine Übersicht über die Betriebsrechnung und die Ertragsrechnung veröffentlicht. Im laufenden Jahre hat sie das geändert. Für die Monate Januar und Februar wurde nur noch ein Betriebsüberschuss von 34 Millionen Mark veröffentlicht, der monatliche Anteil an den festen Kosten (Beitrag an das Reich, Dienst der Schuldverschreibungen, Anleihen, Vorzugsaktien etc.), der im Vorjahre im Januar und Februar mit 50 Millionen ausgewiesen wurde, wurde nicht veröffentlicht. Sonst hätte sich ein Defizit der Ertragsrechnung von 16-17 Millionen ergeben. Die Erhöhung der Gütertarife brachte keine Sanierung. Die Industrie verlangt deshalb "zielbewusste Sparmassnahmen", um endlich zu einem Ausgleich des Etats zu kommen und damit zu einer Wiederherabsetzung der kürzlich verordneten Erhöhung der Gütertarife.

Gespart werden soll nach dem Wunsch der Industrie auf Kosten des Personals.

Nur freigewählte Arbeitervertreter! (ITF) Die faschistischen Diktatoren behaupten immer wieder, dass die Arbeiterschaft sich gern von den ihr vor die Nase gesetzten "Vertretern" gängeln liesse, dass ein Volk unter der Diktatur das "innerlich zufriedenste der Welt" sei. (Hitler). In Wirklichkeit wehren sich die Arbeiter nach Kräften gegen die faschistische Entrechtung und verlangen statt der Marionetten der Diktatoren selbstgewählte Vertreter.

In Österreich haben die Arbeiter in vielen Abteilungen der faschistischen Einheitsgewerkschaften die Wahl der Obleute erzwungen. Die Zentrale des faschistischen Gewerkschaftsbundes sah sich zum Einschreiten genötigt: "Dem Präsidium sind Mitteilungen zugekommen, dass von einzelnen Gewerkschaften Wahlen der Vertrauensmänner durchgeführt worden. Der Gewerkschaftsbund muss demgegenüber feststellen, dass diese Vorgangsweise der Gewerkschaften mit dem Gesetz... im Widerspruch steht und dass... "Sonderaktionen" vom Vorstand ausnahmslos aberkannt werden" (Mitteilung 102 vom 22. Januar).

"Wundervoll zu sehen..." (ITF) Der Organisationsleiter der Deutschen Arbeitsfront Claus Selzner erklärt im Vorwort zur neuesten Ausgabe der Reden Dr. Loys: "Es ist wundervoll, zu sehen, welche neue Gesinnung sich... in den Betriebsgemeinschaften entwickelt".

Ein Berichterstatter der Deutschen Arbeitsfront, der ein Werk besichtigte, das "rein äusserlich gesehen, mit zu den modernsten zählen dürfte, die es in Deutschland gibt", schilderte im "Angriff" (Nr. 54) diese neue Entwicklung. "Gehen wir durch den Betrieb, so stossen wir auf eine Anlage, die in Deutschland einzig (?) dastehen dürfte, die Toilettenräume! Gegen die peinliche Sauberkeit, die dort auffällt, wenden wir nichts ein, aber dass an jeder Zellentür ein Fenster angebracht ist, durch das ein Kontrollbeamter den "Besucher" beobachtet, mit einer Uhr in der Hand (!) die Zeit misst und jeden zur Anzeige bringt, der sich länger als 5 Minuten in diesen Räumen aufhält, würden wir für eine ausländische Greuelmeldung halten, wenn wir uns nicht selbst von der Tatsache überführt hätten... ähnliche Bräuche sind in Gefängnissen und Zuchthäusern üblich..."

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS

100%. (ITF) "100%" der deutschen Seeleute sollen bei der Scheinabstimmung vom 29. März für Hitler gestimmt haben. Die Seeleute mussten entweder an Bord ihrer Schiffe oder in besonderen Seeleutewahllokalen abstimmen. Bei den Seeleuten war also der Druck noch schwerer, die Kontrolle noch lückenloser als im allgemeinen bei dieser "Wahl". Da nur zuverlässige Nationalsozialisten im Abstimmungsvorstand sassen, überdies jeder oppositionelle "ungültige" Stimmzettel in einen gültigen umgefälscht werden konnte, ist dieses "Wahl e r g e b n i s s" möglich gewesen. Ueber die wirkliche Stimmung der Seeleute besagt es nichts, für sie spricht deutlicher als alles andere die Art, in der die Arbeitsfront den Seeleuten die Beiträge abpresst.

Beiträge zu einer Gewerkschaft sind freiwillig; der Seemann, der sie zahlt, weiss, warum er das tut. Beiträge zur Deutschen Arbeitsfront sind Zwang und herausgeworfenes Geld; die deutschen Seeleute versuchen mit allen Mitteln, die Beitragszahlung zu sabotieren. 2 1/2 Jahre drückten sie sich nach folgender bewährter Methode: verlangte der "Bordamts-walter" der Arbeitsfront den Beitrag, so empörten sie sich, sie könnten doch nicht zweimal bezahlen, ihr Buch werde in irgend einem kleinen Hafen regelmässig geklebt, oder die Mutter, die Frau oder die Schwiegermutter bezahle im Heimathafen. Die Arbeitsfront war machtlos, noch nicht die Hälfte der Seeleute konnte zur Beitragszahlung gezwungen werden.

Seit dem letzten Jahr hat sich das geändert. Jetzt muss jeder deutsche Seemann 2 Arbeitsfront-Karten besitzen, genau so wie er 2 Steuerkarten hat. Eine Karte muss er abgeben, wenn er an Bord kommt, die andere behält er selbst. Der Arbeitsfrontbeitrag wird jetzt jeden Monat direkt von der Heuer abgezogen und der Betrag von der Reederei sofort der Arbeitsfront überwiesen. Jetzt endlich kann die Arbeitsfront über "100%igen" Beitragseingang berichten.

Die Arbeitsfront hat die günstige Gelegenheit ausgenutzt und ab März 1936 den Zwangsbeitrag für die Seeleute erhöht. Heizer und Matrosen müssen 80 Pfennig mehr zahlen, Oberheizer, Donkeyleute, Quartiermeister und Bootsleute prozentual mehr. Selbstverständlich ist kein Seemann befragt worden, ob er mehr zahlen will. Die "Führer" diktieren und die Seeleute müssen "zahlen".

Patriarchalische 100-Stundenwoche. (ITF) Ein Fuhrwerks- und Autobusunternehmen in der österreichischen Stadt Krems legt allwöchentlich jedem Beschäftigten eine "Lohnabrechnung" zur Unterschrift vor. "Die Arbeiter dieses Unternehmens sind dieser Abrechnung zufolge zu einer wöchentlichen Arbeitsleistung von 48 Normalstunden, 36 Ueberstunden und 14 Sonntagsstunden verpflichtet. Für diese Arbeitsleistung erhalten sie einen Nettowochenlohn von Schilling 20 (Hfl. 5,60, schw. Fr. 11,40), sowie eine unzulängliche Verpflegung. Arbeitspausen gibt es nicht. Die Frau des Hauses bestimmt, wann die Mittagszeit beginnt und endet. Dieser Zustand wird vom Unternehmer allerdings als 'patriarchalisches Verhältnis' bezeichnet" (Aprilheft des Organs der faschistischen Organisation der Arbeiter im Handel und Verkehr).

In der "christlichen Diktatur" ist eben alles möglich.

Um 40% gesunken. (ITF) Der noch von der freien Gewerkschaft abgeschlossene Kollektivvertrag garantierte den Wiener Taxichauffeuren ein Mindesteinkommen von 36 Schilling für 6 Arbeitstage. Hatten die Chauffeure, die mit 27% an den Bruttoeinnahmen beteiligt waren, dieses Einkommen nicht erreicht, so mussten die Unternehmer die Differenz begleichen. Anfang 1935 wurde dieser Kollektivvertrag, der schon seit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften nicht mehr eingehalten wurde, von den Unternehmern gekündigt. Heute haben nach Feststellung der faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr" "die bestbezahlten (!) Wiener Taxichauffeure ein wöchentliches Nettoeinkommen von 20-22 Schilling" (Hfl. 5,60-6,16, schw. Fr. 11,40 -12,54).